



PROGRAMM für Deutschland

Kurzfassung des Wahlprogramms
der Alternative für Deutschland für die Wahl
zum Deutschen Bundestag am 24.09.2017



1 Demokratie in Deutschland	5	4 Innere Sicherheit	13
1.1 Deutschland als souveränen Staat erhalten: Nein zu den „Vereinigten Staaten von Europa“	6	4.1 Jugendliche Intensivtäter	14
1.2 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild	6	4.2 Polizei stärken	14
1.3 Direktwahl des Bundespräsidenten	6	4.3 Organisierte Kriminalität bekämpfen	14
1.4 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen	6	4.4 Sicherheit der Bürger verbessern	15
1.5 Freie Listenwahl	6	4.5 Abmahnindustrie abschaffen	15
1.6 Ideal des Bürgerabgeordneten – Amtszeiten begrenzen	7		
1.7 Lobbyismus eindämmen	7	5 Zuwanderung und Asyl	16
1.8 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier	7	5.1 Afrika kann nicht in Europa gerettet werden	17
1.9 Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung	7	5.2 Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme	17
1.10 Ablehnung von Quotenregelungen	7	5.3 Schlepperdienste beenden	18
1.11 Gewaltenteilung gewährleisten und Macht der Parteien beschränken	7	5.4 Zweifelsfreie Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen	18
1.12 Vertragsfreiheit bewahren	7	5.5 Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme	18
		5.6 Die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer explodieren	18
2 Euro, Geld- und Finanzpolitik	8	5.7 Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft	18
2.1 Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar	9	5.8 Der Islam gehört nicht zu Deutschland	19
2.2 Beendigung der Enteignungspolitik der EZB gegen Sparer und Rentner	9		
2.3 Erhalt des Bargelds	9	6 Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung	20
2.4 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	9	6.1 Kinder brauchen Vater und Mutter: Allein erziehen ist kein Idealfall	21
2.5 Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise	9	6.2 Väter stärken	21
		6.3 Familiennahe Betreuung würdigen	21
3 Außen- und Sicherheitspolitik	10	6.4 Kinder willkommen heißen	21
3.1 Außenpolitik an deutschen Interessen ausrichten	11	6.5 Mut zu Kindern	22
3.2 Verhältnis zu anderen Staaten überdenken	11	6.6 Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich	22
3.3 Deutschland muss sich selbst verteidigen	11	6.7 Steuerverschwendung durch „Gender-Forschung“ beenden	22
3.4 Nationale Sicherheitsstrategie und Schutz der Landesgrenzen	11		
3.5 Wirtschaft stärken, Bürger schützen	12		
3.6 Entwicklungspolitik	12		

7 Bildung und Schule	23		
7.1	Mehr Meister statt Master: Berufliche Bildung stärken	24	
7.2	Diplom und Magister wieder einführen	24	
7.3	Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren	24	
7.4	Erziehung zu mündigen Bürgern statt staatliche Indoktrination	24	
7.5	Islamunterricht gehört nicht an deutsche Schulen	24	
8 Kultur und Medien	25		
8.1	Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“	26	
8.2	Die deutsche Sprache im Grundgesetz verankern	26	
8.3	Rundfunkbeitrag abschaffen	26	
8.4	Das Internet als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten	26	
9 Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit	27		
9.1	Steuern senken	28	
9.2	Mindestlohn erhalten, Leiharbeit begrenzen	28	
9.3	Weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung	29	
9.4	Gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen	29	
10 Sozialpolitik	30		
10.1	Der Sozialstaat braucht Grenzen	31	
10.2	Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen	31	
10.3	Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben	31	
10.4	Für mehr Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld	31	
10.5	Paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung	31	
11 Gesundheitssystem	32		
11.1	Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen	33	
11.2	Dem Pflegenotstand entgegenwirken	33	
11.3	Stationäre Versorgung durch Investitionen sicherstellen	33	
11.4	Ärzte und Therapeuten überwiegend in Deutschland ausbilden	33	
11.5	Aufkündigung des deutsch-türkischen Sozialversicherungs- abkommens	33	
11.6	Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz	33	
11.7	Alternative Medizin als Ergänzung traditioneller Medizin	33	
11.8	Freiberufliche Hebammen	33	
12 Energie und Klima	34		
12.1	Nein zur „Großen Transformation“	35	
12.2	Energiepolitik wieder vernünftig gestalten	35	
12.3	Technologie fördern im Land der Tüftler und Denker	35	
13 Verkehr und Infrastruktur	36		
13.1	Verkehrspolitik von Ideologie befreien	37	
13.2	Mehr Wohnungsbau ermöglichen	37	
13.3	Den ländlichen Raum stark machen	38	
14 Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft	39		
14.1	Die Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand	40	
14.2	Ausbau der Windenergie beenden	40	
14.3	Lärmschutz verbessern	40	
14.4	Verbraucherschutz als nationale Aufgabe	40	
14.5	Tierschutz verbessern	40	
14.6	Bäuerliche Landwirtschaft stärken	41	
14.7	Sortenvielfalt erhalten, multinationale Konzerne in die Schranken weisen	41	
14.8	Mehr Rechte für Kleingärtner und Kleintierhalter	41	
14.9	Für eine gentechnikfreie deutsche Landwirtschaft	41	



Demokratie in Deutschland



Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben.

Wir wenden uns gegen Zentralismus, Gleichmacherei und Uniformität. Starke, eigenständige Bundesländer, Regionen und Kommunen in einem souveränen Deutschland entsprechen dem Ideal freier Völker und vielfältiger kultureller Identitäten. Einheit in Vielfalt statt Selbstaufgabe im Kollektiv ist uns Ursprung und Ziel deutscher Selbstbestimmung.

Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten.

1.1 Deutschland als souveränen Staat erhalten: Nein zu den „Vereinigten Staaten von Europa“

Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren. Nicht rückholbare Souveränitätsverzichtete zu Gunsten einer „immer enger“ werdenden Europäischen Union sind mit einer solchen Konstruktion nicht vereinbar.

Sollte die gemeinsame Rückbesinnung auf ein „Europa der Vaterländer“ mit den derzeitigen Partnern in der EU nicht möglich sein, muss Deutschland nach dem Vorbild Großbritanniens aus der EU austreten.

1.2 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Das Volk soll auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.

Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

1.3 Direktwahl des Bundespräsidenten

Um Kungeleien zu unterbinden und die Akzeptanz des Amtes zu erhöhen, wollen wir den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

1.4 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen

Die AfD will die staatliche Parteienfinanzierung neu regeln und deutlich reduzieren. Alle Mittel der Parteienfinanzierung sollen entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen. Um Korruption zu vermeiden, wollen wir die Spendenregelung neu ordnen, so dass eine Beeinflussung der politischen Willensbildung durch Großspender verhindert wird. Die Beteiligung von Parteien an Unternehmen, insbesondere Medienunternehmen, sowie die Annahme von Firmenspenden sollen ganz verboten werden.

1.5 Freie Listenwahl

Mit einer demokratischen Gestaltung des Wahlsystems will die AfD dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben.

Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein. Die Bürger sollen viel stärker als bisher mitentscheiden, wer für sie in die Parlamente einzieht. Ferner wollen wir eine Verkleinerung des fast 700 Abgeordnete umfassenden Bundestags auf unter 500 erreichen.

1.6 Ideal des Bürgerabgeordneten – Amtszeiten begrenzen

Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete auf vier und für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden.

1.7 Lobbyismus eindämmen

Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden. Wir wollen die Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier und gegen Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen.

1.8 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier

Bundestagsabgeordnete zahlen derzeit keine Rentenbeiträge und erhalten nach wenigen Jahren bereits eine Altersversorgung, die ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nicht einmal nach 45 Beitragsjahren erreichen kann. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell für Abgeordnete grundlegend reformieren und es auf ein System privater Altersvorsorge umstellen.

1.9 Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung

Horrende Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestigeprojekte von Amtsträgern und Behördenleitern bleiben nach der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend ohne strafrechtliche Folgen für die Verantwortlichen.

Die AfD fordert daher die Einführung eines neuen Straftatbestands der Haushaltsuntreue.

1.10 Ablehnung von Quotenregelungen

Die Alternative für Deutschland tritt für die Gleichheit vor dem Gesetz ein. „Quotenregelungen“ jeglicher Art lehnen wir ab.

1.11 Gewaltenteilung gewährleisten und Macht der Parteien beschränken

Die Gewaltenteilung ist in Deutschland über die Jahre erodiert und hat zu einer überbordenden Staatsgewalt geführt. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie.

Die AfD fordert deshalb:

- ▶ Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister und parlamentarische Staatssekretäre dürfen nicht mehr zugleich Abgeordnete sein.
- ▶ Die Funktionen von „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung wollen wir abschaffen von Ministerialdirektoren bis zu Polizeipräsidenten. Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Art. 33 Abs. 2 GG).
- ▶ Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.
- ▶ Die Justiz muss entpolitisiert werden.

1.12 Vertragsfreiheit bewahren

Die AfD tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sogenannte „Antidiskriminierungsgesetze“ ab.

Zentraler Grundwert einer freiheitlichen Zivilrechtsordnung ist die Vertragsabschlussfreiheit. Das ist die Freiheit jedes Einzelnen, selbst darüber zu entscheiden, ob er mit einem anderen Bürger in rechtliche Beziehungen treten will oder nicht. Unter dem Einfluss der Europäischen Union wird dieses fundamentale Prinzip der Privatautonomie in der deutschen Gesetzgebung Schritt für Schritt zerstört.

 KAPITEL 2

Euro, Geld- und Finanzpolitik

2.1 Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar

Die Geschäftsgrundlage des Euro war: Keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden.

Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euro-Raum verlassen.

2.2 Beendigung der Enteignungspolitik der EZB gegen Sparer und Rentner

Die EZB zerstört mit einer Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik) alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen.

Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.

2.3 Erhalt des Bargelds

Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht.

2.4 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken

Wir wenden uns gegen jegliche Versuche der europäischen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbesondere aus Bankgeschäften.

Bis zum Verlassen des Euroraums sind ab sofort die unbesicherten Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber anderen nationalen Notenbanken der Eurozone bzw. der EZB (sog. Targetsalden) abzuschmelzen oder mit validen Sicherheiten zu unterlegen. Staatspapiere der jeweiligen Schuldenländer sind keine validen Sicherheiten.

2.5 Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise

Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Wir wollen für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitige Vorkehrungen treffen. Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss als temporäre Deckungsoption vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden.

 KAPITEL 3

Außen- und Sicherheitspolitik

3.1 Außenpolitik an deutschen Interessen ausrichten

Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.

Die AfD tritt dafür ein, die Vereinten Nationen so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung getragen wird. Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an.

Die AfD fordert eine strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten, auch durch nichtstaatliche Akteure.

Der internationale islamische Terrorismus ist eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft. Seine Entstehung und Ausbreitung muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden.

3.2 Verhältnis zu anderen Staaten überdenken

Die USA bleiben für uns der wichtigste Bündnispartner. Die NATO muss wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden. Die Landesverteidigung ist jedoch durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten.

Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab.

Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.

Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland soll vertieft werden.

Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO ist zu beenden und alle direkt und indirekt an die Türkei im Rahmen internationaler, multilateraler und bilateraler Abkommen gewährten Geldleistungen sind umgehend zu stoppen.

Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.

3.3 Deutschland muss sich selbst verteidigen

Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.

Die Wehrpflichtarmee hat der Bundesrepublik Deutschland über mehr als fünf Jahrzehnte gute Dienste geleistet und für die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft gesorgt. Daher fordert die AfD die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.

3.4 Nationale Sicherheitsstrategie und Schutz der Landesgrenzen

Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie mit einer jährlich stattfindenden Debatte zur deutschen Sicherheitspolitik im Bundestag sowie einer entsprechenden Regierungserklärung des Bundeskanzlers.

Das Schengen-Abkommen betrachten wir als gescheitert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben ist.



Es muss deshalb wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag und dabei den freien Personen- und Güterverkehr möglichst wenig behindert.

3.5 Wirtschaft stärken, Bürger schützen

Die AfD fordert die Wahrnehmung deutscher Wirtschaftsinteressen im gleichen Maß, wie auch andere Länder ihre eigenen Interessen vertreten. Der Ausverkauf von Wissen, das in unserem Land in Generationen aufgebaut wurde, an ausländische Unternehmen muss beendet werden.

Die Interessen unserer Bürger im Gesundheits- und Verbraucherschutz, im Tier- oder Naturschutz müssen in einer globalisierten Welt souverän vertreten werden. Dafür brauchen wir nationale Schutzstandards, die den Standards anderer Staaten nicht durch die Anmaßung supranationaler Gerichte untergeordnet werden dürfen.

Internationale Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt werden. Die AfD lehnt auch aus diesem Grund CETA, TISA und TTIP ab.

3.6 Entwicklungspolitik

Die AfD fordert einen grundsätzlichen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik und tritt für einen weiter gefassten Ansatz in der Entwicklungspolitik ein, welcher auch deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt.

Die Entwicklungsländer müssen gerechter in das internationale Handelssystem einbezogen werden mit Erleichterungen für deren Ausfuhren in die Industrieländer und einem angemessenen Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung. Marktwirtschaftliche Strukturen in allen Bereichen sollen gefördert werden. Das bedeutet eine weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten.

Wir wollen deutsche Unternehmer dabei unterstützen, in Entwicklungsländer zu investieren und dortige Unternehmer bei der Professionalisierung ihrer Tätigkeit fördern.

Statt Finanztransfers fordern wir die Öffnung unserer Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern.



Innere Sicherheit



Terror und Kriminalität sind keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.

Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen.

Wir fordern daher:

- ▶ Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität
- ▶ Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte
- ▶ Ermöglichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Krimineller im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit geeigneten Staaten

Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern u.a. durch:

- ▶ Abschaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung
- ▶ Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung bei Kriminalität

In folgenden Fällen soll eine Rücknahme der Einbürgerung (d.h. Ausbürgerung) erfolgen:

- ▶ bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung
- ▶ bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS)
- ▶ bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans, und zwar auch dann, wenn die Rücknahme der Einbürgerung zur Staatenlosigkeit führt

4.1 Jugendliche Intensivtäter

Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in den deutschen Ballungsbereichen dramatisch. Eine besondere Rolle spielen hierbei junge Täter, denen derzeit ein zahnloses Recht gegenübersteht.

Wir fordern daher eine entsprechende Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts.

Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre abgesenkt werden und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden.

4.2 Polizei stärken

Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen persönlichen Einsatzes der Polizeibeamten in Bund und Ländern nicht angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und zum Teil empörend miserable soziale Absicherung.

Durch höchst unterschiedliche Arbeitsbedingungen machen sich Bund und Länder zudem untereinander Konkurrenz und jagen sich gegenseitig die besten Beamten ab. Damit muss endlich Schluss sein. Das Polizeiwesen in Bund und Ländern muss umfassend reformiert werden.

4.3 Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die Organisierte Kriminalität muss nachhaltig bekämpft werden. Die aus ihren Straftaten erzielten „Gewinne“ müssen restlos abgeschöpft werden.

Da die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität Ausländer sind, soll bei begründetem Verdacht die Zugehörigkeit zu einer derartigen Organisation als Ausweisungsgrund eingeführt werden.

4.4 Sicherheit der Bürger verbessern

Betroffen von der Verschärfung eines ohnehin schon restriktiven Waffenrechts sind vor allem legale Waffenbesitzer, Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die illegalen Waffen, die für terroristische Anschläge benutzt werden, sind davon nicht erfasst. Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir deshalb ab.

Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern.

4.5 Abmahnindustrie abschaffen

Der Abmahnindustrie, die das Urheberrecht missbraucht, um von unbescholtenen Bürgern im Internet jährlich Millionenbeträge abzukassieren, will die AfD einen gesetzlichen Riegel vorschieben.

 KAPITEL 5

Zuwanderung und Asyl

5.1 Afrika kann nicht in Europa gerettet werden

Die Zukunft Deutschlands und Europas muss langfristig gesichert werden. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.

Während die europäische Bevölkerung überaltert und schrumpft, explodiert die Bevölkerungszahl in Afrika und den arabisch-muslimischen Ländern. Bis 2050 wird sich Prognosen zufolge die Bevölkerung Afrikas, einschließlich aller arabischen Länder, auf 2,4 Milliarden verdoppeln. Europas Bevölkerung hingegen wird sich im gleichen Zeitraum um etwa 50 auf dann ca. 540 Millionen Menschen verringern, wovon ein Drittel über 60 Jahre alt sein wird.

Im Verhältnis zu Europa oder Amerika stellt Afrika ein Armenhaus dar. Aus beiden Ursachen – dem Bevölkerungswachstum in Afrika und dem Wohlstandsgefälle zu Europa – entsteht ein gewaltiger Wanderungsdruck, der Dimensionen einer Völkerwanderung hat. In absoluten Zahlen sind dies derzeit rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer. Bis 2050 wird sich deren Zahl auf rund 950 Millionen erhöhen.

Vor diesem Problemhintergrund ist offensichtlich, dass Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa im zu erwartenden Umfang unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren können.

Die individuellen Schutz- und Asylgarantien im Grundgesetz wurden 1949 für verfolgte Einzelpersonen geschaffen. Sie versprechen unter den heutigen Bedingungen der massenhaften, globalisierten Wanderungsbewegungen Unmögliches. Sie können nicht aufrechterhalten werden.

5.2 Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten zahlreiche Armutszuwanderer an. Hierbei werden die Freizügigkeit in der EU bzw. das Asylrecht missbraucht, um sich Zugang zum Sozialsystem zu verschaffen. Diesem Missbrauch wollen wir einen Riegel vorschieben.

Zuwanderung kann die Probleme der sozialen Sicherungssysteme nicht lösen, die in Deutschland durch den Geburtenrückgang entstanden sind und künftig verschärft in Erscheinung treten werden; vielmehr werden diese Probleme durch Art und Ausmaß der derzeitigen Zuwanderung verschärft. *Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige massenhafte Zuwanderung überwiegend beruflich Unqualifizierter in unser Land und seine Sozialsysteme sofort zu beenden.*

Wir brauchen über mehrere Jahre eine Minuszuwanderung. Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen, insbesondere eine „aktivierende Familienpolitik“, aber auch die Reduzierung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland.

Die rechtliche und soziale Privilegierung türkischer Staatsangehöriger in Deutschland und teilweise ihrer Angehörigen in der Türkei ist zu beenden.

Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Identität nachweist. Alle abgelehnten Asylbewerber sind umgehend in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. Hilfsweise müssen die Migranten in aufnahmebereite Drittstaaten überführt werden.

Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.



5.3 Schlepperdienste beenden

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die Bundeswehr müssen ihre Schlepper-Hilfsdienste auf dem Mittelmeer beenden und alle Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen, anstatt die Passagiere nach Europa zu befördern.

Wo das rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist, sind sie nach dem australischen Vorbild ausnahmslos in außereuropäische Aufnahmezentren zu überführen.

Wir fordern strenge Kontrollen an den deutschen Grenzübergängen und die Bewachung der grünen Grenze durch integrierte Sicherungssysteme, zu denen auch Zäune gehören können.

5.4 Zweifelsfreie Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen

Die AfD fordert die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, damit alle Behörden länderübergreifend innerhalb kürzester Zeit feststellen können, ob eine Person schon andernorts unter abweichenden Personalien registriert ist.

5.5 Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme

Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können.

Entfällt der Fluchtgrund im Herkunftsland anerkannter Asylbewerber, endet in aller Regel deren Aufenthaltserlaubnis. Sie müssen zurückkehren. Insbesondere der Schutz vor Bürgerkrieg ist rein temporär ausgelegt und darf nicht zu einer Einwanderung durch die Hintertür führen.

5.6 Die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer explodieren

Unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer (UMA) missbrauchen das Ausländer- und Asylrecht. Sie sind fast alle männlich, und zwischen 50 und 80 Prozent derer, die sich als minderjährig ausgeben, sind tatsächlich volljährig. Ihre Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch. Sie dienen als sogenannte Ankerkinder zum späteren Nachzug ihrer Familien.

2015 wurden in Deutschland 67.000 dieser als minderjährig eingestuft, 2016 erneut über 50.000. Bei Kosten von durchschnittlich 60.000 bis 80.000 Euro pro UMA und Jahr entstehen schon heute jährliche Kosten nur für diese Personengruppe von schätzungsweise sechs bis zehn Milliarden Euro. Diese Missstände wollen wir beenden und fordern:

- ▶ obligatorische Altersuntersuchungen
- ▶ den Ausschluss von Familiennachzug
- ▶ den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit

5.7 Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft

Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren.

Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden.

5.8 Der Islam gehört nicht zu Deutschland

Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch verhindern, dass sich abgeschottete islamische Parallelgesellschaften weiter ausbreiten, in welchen muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch Gesetze Schranken zu setzen.

Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“ tritt die AfD entgegen. Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror radikalieren.

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden.

Imame müssen sich vorbehaltlos zu unserem Grundgesetz bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutschland sollen in deutscher Sprache gehalten werden. Imame, die gegen das Grundgesetz agitieren, erhalten ein Predigtverbot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben.

Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

Burka und Niqab errichten durch die Gesichtsverhüllung eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.

Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung

Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien – von den etablierten Parteien längst als alternativlos hingenommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten.

Deutschland braucht in der derzeitigen demografischen Lage einen Paradigmenwechsel hin zu einer Bevölkerungspolitik in Gestalt einer aktivierenden Familienpolitik.

Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.

Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung.

Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolks sind daher als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen.

6.1 Kinder brauchen Vater und Mutter: Allein erziehen ist kein Idealfall

Die AfD möchte Alleinerziehenden helfen. Sie ist jedoch gegen jede finanzielle Unterstützung von Organisationen, die „Eielfamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagieren. Der Vorteil einer besonderen Unterstützung durch die Solidargemeinschaft sollte nur denjenigen Alleinerziehenden gewährt werden, die den anderen Elternteil nicht aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung hinausdrängen.

6.2 Väter stärken

Einer gezielten Politik für Männer und Väter, hat sich bislang keine Partei angenommen. Bei vielen getrennt lebenden Paaren leiden viele Väter unter den familienrechtlichen Bestimmungen und wünschen sich beispielsweise mehr Umgang mit ihren Kindern haben zu können.

Wir wollen uns deshalb für die Rechte von Vätern stark machen.

6.3 Familiennahe Betreuung würdigen

Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können.

Der Staat muss dafür die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter.

6.4 Kinder willkommen heißen

Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel zu oft wird dieses Recht der Selbstverwirklichung oder sozialen Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der Adoption erleichtern und fördern. Die Konfliktberatung muss tatsächlich dem Schutz des Lebens dienen.

Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.



6.5 Mut zu Kindern

Wir wollen vor allem Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen finanziell entlasten und Mut zu Kindern machen.

Dazu gehören auch konkrete Fördermaßnahmen, wie Ehestart-Kredite mit Teilerlass für jedes Kind, Wohneigentumsförderung für Familien, BAFÖG-Rückzahlungserlass für junge Familien, leichter Zugang zu Leistungen für Bildung und Teilhabe, Erstattung von Fahrtkosten und Zuzahlungen beim Arzt oder der Zweitwohnungssteuer für Jugendliche in Ausbildung.

Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen.

Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein.

6.6 Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich

Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann.

Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert.

Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn der Wörter „Familie“ und „Ehe“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

6.7 Steuerverschwendung durch „Gender-Forschung“ beenden

Die „Gender-Forschung“ ist keine seriöse Wissenschaft, sondern folgt der ideologischen Vorgabe, dass das natürliche Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) voneinander völlig unabhängig seien. Ziel ist letztlich die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität.

Bund und Länder dürfen keine Mittel für die „Gender-Forschung“ mehr bereitstellen und keine „Gender-Professuren“ mehr besetzen.

 KAPITEL 7

Bildung und Schule



Wir befürworten ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich an dem jeweils höchsten Niveau in Deutschland ausrichten. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule.

Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen, wie z.B. der OECD und des PISA-Konsortiums, auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab.

Der zunehmenden Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens treten wir entgegen.

7.1 Mehr Meister statt Master: Berufliche Bildung stärken

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse bei Haupt- und Realschulabsolventen gefährdet jedoch den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen.

Wir wollen das weltweit geschätzte berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem Deutschlands stärken. Der Wert und Nutzen der beruflichen Bildung muss mehr gewürdigt werden.

Förder- und Sonderschulen wollen wir als wichtiges Element einer bedarfsgerechten Bildungslandschaft erhalten.

7.2 Diplom und Magister wieder einführen

Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsagenturen sollen abgeschafft werden.

Das Promotionsrecht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben.

7.3 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren

Deutschland muss ein Land der Spitzenforschung bleiben. Wir wollen eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen einführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern. Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Der durch planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.

7.4 Erziehung zu mündigen Bürgern statt staatliche Indoktrination

An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen Bildung muss der selbstständig denkende Bürger sein.

Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein.

7.5 Islamunterricht gehört nicht an deutsche Schulen

Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen, soll ihnen das Privileg eines „bekenntnisgebundenen“ Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden werden.

 KAPITEL 8

Kultur und Medien



8.1 Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“

Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung. Sie umfasst neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Damit eng verbunden sind unser liberaler Rechtsstaat, unsere Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft sowie die soziale Marktwirtschaft als Ausdruck menschlicher Kreativität und Schaffenskraft. Die Ideologie des Multikulturalismus gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. „Multi-Kultur“ ist Nicht-Kultur. Sie löst die Gemeinschaft auf und befördert die Entstehung von Parallelgesellschaften. Dauerhafte existierende Parallelgesellschaften führen sehr oft zu innenpolitischen Konflikten und können letztlich sogar den Zerfall eines Staates bewirken.

Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.

8.2 Die deutsche Sprache im Grundgesetz verankern

Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation. Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz festschreiben.

„Politisch korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.

8.3 Rundfunkbeitrag abschaffen

Der gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunk ist mit einem Jahresbudget von über neun Milliarden Euro viel zu teuer und wird in einer Weise von der Politik dominiert, die einer Demokratie unwürdig ist. Die AfD setzt sich dafür ein, die Rundfunkanstalten grundlegend zu reformieren.

Der Rundfunkbeitrag ist abzuschaffen, damit in Zukunft jeder Bürger frei entscheiden kann, ob er das öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und bezahlen will.

8.4 Das Internet als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten

Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung von Straftaten keinerlei Beschränkung und Zensur unterliegen.

Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit



Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt. Eine Vereinfachung wurde von den etablierten Parteien schon lange versprochen, aber nie realisiert. Globalisierung und Euro-Krise erfordern ein grundsätzliches Umdenken. Es ist Zeit für eine grundlegende Reform, die sich an den folgenden Punkten orientieren sollte:

- ▶ Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote
- ▶ Reformierung der Steuersysteme
- ▶ Rückbau der Bürokratie
- ▶ mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik
- ▶ Bezahlung von Kirchenrepräsentanten wie Bischöfen etc. aus allgemeinen Steuermitteln ist abzuschaffen

9.1 Steuern senken

Die AfD wendet sich gegen eine Ausweitung der Abgabenbelastung und fordert die Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte sowie die Einführung einer allgemeinen Abgabenbremse (für Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger. Diese ist im Grundgesetz festzuschreiben.

Wir sind bereit, gemeinsam mit allen demokratischen Parteien, Tarifparteien, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen ein zukunftsorientiertes Steuersystem auf den Weg zu bringen, das selbstverständlich auch die erforderlichen sozialen Belange berücksichtigt.

Leitideen der AfD für ein neues Steuersystem:

- ▶ Einfach, transparent und gerecht. Der progressive Anstieg der Steuer wird durch Steuerstufen abgelöst.
- ▶ Eine Indexierung der Tarife, Freibeträge und Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen muss die schleichende (heimliche) Steuererhöhung vermeiden.

- ▶ Entlastung der geringen und mittleren Einkommen:
Der Grundfreibetrag wird auf das pfändungsfreie Einkommen angehoben und die Stufen werden so gewählt, dass Gering- und Durchschnittsverdiener entlastet werden.
- ▶ Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familieneinkommen vor der Veranlagung auf alle Familienmitglieder verteilt wird.
- ▶ Schaffung einer fairen Unternehmensbesteuerung.
- ▶ Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden.

Intakte Familien denken und leben in Generationenzusammenhängen. Die Übergabe von bereits versteuertem Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht erneut dem Staatszugriff ausgesetzt werden.

Die AfD ist deshalb für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer.

9.2 Mindestlohn erhalten, Leiharbeit begrenzen

Die AfD befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn, da er bei den jetzigen Verhältnissen die vergleichsweise schwache Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber stärkt.

Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch sehr bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit auch die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Armutskosten.

Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden. Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden.

Die AfD fordert eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen.

9.3 Weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung

Die AfD geht von der Prämisse aus, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Wohlstand misst sich materiell, hat aber auch soziale und immaterielle Aspekte: Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe. Unsere Wirtschafts- und Steuerpolitik sehen wir auch als Teil der Sozialpolitik. Ziel ist die Schaffung auskömmlicher Arbeitsplätze für alle dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Mitbürger.

Hierzu planen wir u.a. folgende Maßnahmen:

- ▶ den Staat verschlanken und effizienter machen
 - ▶ Abbau von Subventionen, neue Subventionen zeitlich befristen
 - ▶ Vereinfachung des Steuersystems wie oben beschrieben

- ▶ die Staatsquote senken
 - ▶ Steuer-/Abgabenobergrenze einführen und Staatsverbrauch senken

- ▶ wissens-/technologiebasierte Wirtschaft stärken
 - ▶ schulische Bildung und die Forschungslandschaft verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten
 - ▶ steuerliche Bedingungen für Forschung und Entwicklung sowie sich daraus ergebende Unternehmensgründungen verbessern
 - ▶ Hightechunternehmen in Deutschland erhalten und fördern

9.4 Gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen

Die AfD fordert, dass Bankkunden das Recht auf Konten haben, die die Geldinstitute im Sondervermögen halten müssen. Nur diese Vermögen sind im Fall einer Bankinsolvenz geschützt.

 KAPITEL 10

Sozialpolitik

10.1 Der Sozialstaat braucht Grenzen

Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung.

Unser Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird.

Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.

10.2 Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen

Die AfD setzt sich für die nachhaltige steuerliche Entlastung von Familien durch Einführung eines Familiensplittings ein. Dabei wird das Familieneinkommen vor der Versteuerung auf die Familienmitglieder rechnerisch verteilt, so dass die Steuerlast insgesamt sinkt. Wer Kinder hat, zahlt dann weniger Steuern.

In diesem Zuge sind auch die steuerlichen Benachteiligungen von Kindern und Eltern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien zu beseitigen.

Der Erwerb von Wohneigentum durch Familien soll durch zinslose Darlehen, Zuschüsse und Erlass der Grunderwerbsteuer erleichtert werden.

Die AfD setzt sich auch für eine bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung ein. Die Kinder von heute sind die potenziellen Beitragszahler von morgen. Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei.

Erziehungszeiten müssen deshalb eine deutliche Rentenerhöhung zur Folge haben.

10.3 Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben

Die AfD will dafür sorgen, dass durch Arbeitsleistung und andere anrechenbare Zeiten, zum Beispiel Erziehungszeiten, erworbene Rentenansprüche mit einem angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung Berücksichtigung finden.

10.4 Für mehr Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld

Die AfD setzt sich für eine gestaffelte längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld II in Abhängigkeit der Dauer der Vorbeschäftigung ein. Der Selbstbehalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen.

10.5 Paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festgelegt wird.

 KAPITEL 11

Gesundheitssystem

Wir setzen uns für eine leistungsfähige, flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Bürger ein – im ambulanten wie im stationären Bereich.

11.1 Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen

Wir wollen sicherstellen, dass auch ländliche Regionen medizinisch gut versorgt sind und sich dort wieder mehr Ärzte niederlassen. Die Kommunen und Landkreise sowie die Bundesländer sind aufgefordert, hier Anreize zu schaffen

11.2 Dem Pflegenotstand entgegenwirken

Die AfD fordert einen verbindlichen, länderübergreifenden Mindestpersonalschlüssel für das Pflegepersonal, der auch bei den Krankenhausentgelten Berücksichtigung finden muss.

11.3 Stationäre Versorgung durch Investitionen sicherstellen

Wir wollen die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser durch Abbau von Investitionsstaus verbessern und damit auch die Chance für den Erhalt von wohnortnahen Häusern in kommunaler Trägerschaft erhöhen.

Wir unterstützen die Trägervielfalt im Krankenhauswesen und lehnen die Entwicklung hin zur Monopolbildung entschieden ab.

11.4 Ärzte und Therapeuten überwiegend in Deutschland ausbilden

Ärzte und Therapeuten, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sollen nach Möglichkeit in Deutschland ausgebildet sein oder über sehr gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

11.5 Aufkündigung des deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommens

Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen von 1964 ist nicht mehr zeitgemäß und benachteiligt einheimische Versicherte. Deshalb wollen wir es kündigen und auf der Basis europäischer Sozialversicherungsabkommen neu verhandeln.

11.6 Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz

Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen. Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank zur Speicherung vertraulicher Gesundheitsdaten ab. Wir befürworten jedoch die Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines Medikamentenplans und einer Patientenverfügung, direkt auf der Karte.

11.7 Alternative Medizin als Ergänzung traditioneller Medizin

„Alternative“ Behandlungsmethoden können bei Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Medizin darstellen. In jedem Fall ist eine ganzheitliche Betrachtung und Behandlung des Patienten notwendig, um der Zunahme von chronischen Erkrankungen und von Therapieresistenzen entgegenzuwirken.

11.8 Freiberufliche Hebammen

Wir möchten zu einer finanziellen Entlastung des Berufsstandes der freiberuflichen Hebammen beitragen, die z.B. durch eine Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen erfolgen könnte.

 KAPITEL 12

Energie und Klima

12.1 Nein zur „Großen Transformation“

Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.

Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation“ beenden und den „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung aufheben.

12.2 Energiepolitik wieder vernünftig gestalten

Deutschland hat hohe Strompreise, die mit jedem Zubau weiterer Wind- und Sonnenstromanlagen und dem Netzausbau zwangsläufig weiter steigen.

Die ständige Verschärfung von Verordnungen und Gesetzen im Wärmesektor führt zu stark steigenden Bau- und Rückbaukosten und entsprechend hohen Mieten, die die unteren Einkommensgruppen besonders hart treffen.

Deshalb fordern wir die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit Übergangsregelungen, der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG).

Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können.

Im Einzelnen fordern wir:

- ▶ Das EEG ist ersatzlos zu streichen
- ▶ Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist:
 - ▶ sollen keine Erneuerbarer-Energien-Anlagen (EE-Anlagen) in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden
 - ▶ sollen keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden
 - ▶ soll der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung das 10-fache der Gesamthöhe betragen
- ▶ Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer richten
- ▶ verwertbaren Kernkraftwerk-Reststoffe müssen für das Recycling rückholbar gelagert werden
- ▶ zur Erhaltung der kerntechnischen Kompetenz, ist eine umfangreiche Beteiligung an internationalen Forschungsprojekten sicherzustellen
- ▶ EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen
- ▶ Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln

12.3 Technologie fördern im Land der Tüftler und Denker

Um naturwissenschaftlichen und technischen Kompetenzverlust zu stoppen und international den Anschluss in weiteren Technologiefeldern nicht zu verlieren, muss eine ideologiefreie Forschung deutlich ausgebaut werden. Dazu sind bestehende Förderlinien auszuweiten und Förderprogramme bis zum Maßstab von Demonstrationsanlagen neu aufzulegen.

Hindernisse, die Unternehmensgründungen erschweren, sind zu beseitigen und geeignete Maßnahmen zur Förderung von Gründern zu beschließen.



KAPITEL 13

Verkehr und Infrastruktur

13.1 Verkehrspolitik von Ideologie befreien

Im Schienenverkehr braucht unser Land ein gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz. Die Eisenbahninfrastruktur muss in der Hand des Bundes verbleiben.

Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z.B. Benachteiligung von Dieselfahrzeugen, lehnt die AfD ab.

Deshalb wenden wir uns auch gegen ein flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen. Umweltzonen haben nachweislich nicht zur Reduzierung der Feinstaubemission beigetragen. Sie sind daher abzuschaffen.

Die Infrastruktur unseres Landes wurde jahrzehntelang vernachlässigt und ist in vielen Teilen marode. Die AfD will deshalb ein bundesweites „Konjunkturprogramm Infrastruktur“ (KPI) auflegen. Ziel des KPI ist die Sanierung und der Ausbau von Schienen, Straßen, Wasserwegen, Brücken und öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, öffentlichen Sporteinrichtungen, Theatern und Museen.

Im Einzelnen fordern wir:

- ▶ Erhalt der Substanz und Beseitigung von Engpässen im Straßen- und Schienennetz
- ▶ ein Konjunkturprogramm Infrastruktur
- ▶ keine Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) bei Projekten der öffentlichen Infrastruktur
- ▶ Erstellung eines Verkehrskonzepts für den Güterfernverkehr unter Berücksichtigung moderner Logistikkonzepte
- ▶ Einbeziehung aller Verkehrsträger in einen neuen Bundesverkehrsplan

- ▶ keine PKW-Maut sowie Novellierung der LKW-Maut
- ▶ Abschaffung der Umweltzonen
- ▶ kein flächendeckendes Tempolimit auf Autobahnen
- ▶ ein nationales Flughafenkonzept

13.2 Mehr Wohnungsbau ermöglichen

Wohnraum ist in den deutschen Großstädten knapp und teuer. Die Neubautätigkeit kann unter den vorliegenden Rahmenbedingungen nicht mithalten.

Planwirtschaftliche Eingriffe wie die „Mietpreisbremse“ verschleppen das eigentliche Problem, anstatt es zu lösen. Langfristig verkehrt sich der gewünschte Effekt der Mietpreisbremse ins Gegenteil, weil sie private Investitionen in den Wohnungsbau weniger rentabel macht und so auch den dringend benötigten Neubau von Wohnungen ausbremst.

Wirksamer und nachhaltiger sind Maßnahmen, die den Wohnungsbestand deutlich erhöhen. Hierzu gehören: Die Ausweisung neuer und die Optimierung bestehender Baugebiete, die Beschleunigung der Baurechtschaffung und eine Kostenverringerung durch die Beseitigung unnötiger Vorschriften etwa zur Wärmedämmung und Bürokratie

Zur Eigentumsförderung sind Grundstücke von der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellen und genossenschaftliches Wohnen zu fördern. Mieter, deren Einkommen nicht für die Miete reicht, sind weiterhin durch Wohngeld zu unterstützen.



Im Einzelnen fordern wir:

- ▶ Wohnungsbau muss durch geeignete Rahmenbedingungen verstärkt werden
- ▶ Es muss mehr Bauland zur Verfügung gestellt werden
- ▶ Baustandards müssen vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden
- ▶ staatliche Vorgaben sind zu entschlacken
- ▶ Grund- sowie Grunderwerbsteuer sollen gesenkt werden

13.3 Den ländlichen Raum stark machen

Wir unterstützen die Stärkung der ländlichen Gebiete. Die dort lebenden Menschen haben einen Anspruch auf angemessene Infrastruktur, auch wenn die Besiedlungsdichte gering ist. Die Anbindung dieser Regionen an das schnelle Datennetz und an das überörtliche Straßen- und Schienennetz muss verbessert werden.

Dadurch wird auch der anhaltende Wanderungsdruck aus den ländlichen Gebieten auf die Ballungszentren gemildert.

Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft



14.1 Die Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand

Die AfD befürwortet die kleinteilige Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Verteilnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.

Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD entschieden ab.

Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, darf es nicht geben. Brunnen privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind davon ausgenommen.

14.2 Ausbau der Windenergie beenden

Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.

14.3 Lärmschutz verbessern

Lärm verursacht Stress und macht krank. Lärm ist das durch weite Teile der Bevölkerung am stärksten wahrgenommene Umweltproblem. Die bisherigen Anstrengungen zur Lärmvorsorge und insbesondere zur Lärmsanierung reichen nicht aus.

Die AfD setzt sich deshalb für ein zielgerichtetes Investitionsprogramm für den Lärmschutz ein.

14.4 Verbraucherschutz als nationale Aufgabe

Die AfD setzt sich für vermehrte Produktprüfungen durch Stärkung der Gewerbeaufsicht ein und fordert eine transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln mit verbraucherfreundlichen, genauen Angaben zu Herkunft, Inhaltsstoffen und Qualität.

Wir wollen die Verbraucherorganisationen durch ausreichendes Stiftungskapital stärken, um ihre Unabhängigkeit zu erhalten.

Die offenen Grenzen des Binnenmarkts haben zu einer starken Zunahme unsicherer und gefährlicher Produkte geführt. Hersteller und Importeure können sich die Unbedenklichkeit ihrer Produkte weitgehend selbst bescheinigen. Dieser Entwicklung muss durch eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Gewerbeaufsicht und Produktprüfung, vor allem bei Lebensmitteln, Kinderspielzeugen und Elektrogeräten, begegnet werden.

Wir setzen uns für eine Renationalisierung des Verbraucherschutzes ein.

14.5 Tierschutz verbessern

Die AfD setzt sich für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Haltung, den Transport und die Schlachtung. Tierschutzgesetze müssen gleichermaßen für alle gelten.

Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD ab.

Länder wie Schweden, Niederlande, Schweiz, Polen, Norwegen, Island, Liechtenstein und Dänemark sind für uns in dieser Hinsicht Vorbild.

14.6 Bäuerliche Landwirtschaft stärken

Die AfD steht zur Förderung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben und Genossenschaften. Die Globalisierung bewerten wir im Bereich der Landwirtschaft kritisch. Wir wenden uns gegen die negativen Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings zulasten von Umwelt, Mensch und Tier.

Unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihres Hofes zu tätigen.

14.7 Sortenvielfalt erhalten, multinationale Konzerne in die Schranken weisen

Alte Kultursorten gehören zum kollektiven Eigentum aller Menschen. Dennoch müssen hohe Gebühren für die Anmeldung uralter Sorten gezahlt werden, wenn diese vermarktet werden sollen. Diese Klausel im Saatgutverkehrsgesetz schützt große Konzerne vor der Konkurrenz durch Kleinbetriebe. Durch die Erlaubnis, alte Kultursorten lizenzfrei vermehren zu können, wird die Sortenvielfalt beim Verbraucher breiter werden.

Die AfD fordert die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen für alte Nutzpflanzensorten.

14.8 Mehr Rechte für Kleingärtner und Kleintierhalter

Wer Lebensmittel selbst erzeugt, weiß um ihren Wert. Nutzgartenbesitzer und Kleintierhalter gewinnen frische Lebensmittel, erhalten die genetische Vielfalt und leisten einen Beitrag für die Krisenvorsorge.

Um weiterhin breiten Bevölkerungsschichten diesen Zugang zu ermöglichen, will die AfD die Rechtssicherheit von Kleingärten und Kleintierhaltungen stärken und Regularien abbauen.

14.9 Für eine gentechnikfreie deutsche Landwirtschaft

Die AfD setzt sich für gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel aus der deutschen Landwirtschaft ein. Der streng kontrollierte Einsatz der Gentechnik in Forschung und Wissenschaft bleibt erlaubt.

Vi.S.d.P.:

Alternative für Deutschland (AfD), vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch die Bundessprecher Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstraße 9, 10785 Berlin, Deutschland

Kontaktdaten

Telefon: 030 2 20 56 96 - 0

Telefax: 030 2 20 56 96 - 29

E-Mail: bgs@alternatiefuer.de

Webseiten: www.afd.de

www.afdkompakt.de

Facebook: www.facebook.com/alternatiefuerde

www.facebook.com/afdkompakt

Twitter: www.twitter.com/afd_bund

www.twitter.com/afdkompakt

Youtube: www.afdkompakt.tv

Spendenkonto

Alternative für Deutschland

Berliner Volksbank eG

IBAN: DE 94 1009 0000 2661 2620 20

BIC: DEVODEBB

Verwendungszweck: Spende + vollständige Adresse oder Mitgliedsnummer
(für die Erstellung einer Zuwendungsbescheinigung)

Echt alternativ. Für Deutschland.

www.afd.de/wahlprogramm



Alternative
für
Deutschland